

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 80 (2002)
Heft: 1

Artikel: Für eine sozialdemokratische SP
Autor: Müller, Philipp / Zimmermann, Adrian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341671>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für eine sozialdemokratische SP

Mit aller Macht ist in den letzten beiden Jahrzehnten die Auseinandersetzung um Arbeit und Kapital wieder ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt. Auf der neoliberalen (oder treffender: neokonservativen) Ideologie gründend, hat

Philipp Müller und Adrian Zimmermann

das Kapital einen gewaltigen Angriff auf die Interessen und Rechte der Werktätigen gestartet: Gesamtarbeitsverträge sollten ausgehöhlt, die Arbeitsgesetzgebung dereguliert, die soziale Sicherheit abgebaut, weite Teile des öffentlichen Sektors privatisiert werden.

In dieser Situation prägten nicht mehr die «neuen sozialen Bewegungen» der siebziger und achtziger Jahre das Bild der neunziger Jahre und des beginnenden 21. Jahrhunderts. Eine breite Bewegung, hauptsächlich getragen von den gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen, kämpft heute für die Erhaltung der sozialen Errungenschaften der organisierten Arbeiterschaft und der historischen Lernprozesse nach den katastrophalen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus.

In einer solchen Situation der SP zu empfehlen, sich nicht mehr in erster Linie an den Interessen der Lohnabhängigen auszurichten, den bitter notwendigen und übrigens oft recht erfolgreichen gewerkschaftlichen Widerstand als «Kamikazekommando» zu verspotten und die sozialen Rechte in Frage zu stellen¹, ist nicht nur gesinnungslos. Es ist auch elektoral

gesehen äusserst ungeschickt, wenn man an die klare Ablehnung denkt, die der neuen Arroganz der Kapitalbesitzer von breiten Volksschichten entgegengebracht wird². Nicht nur, weil sie ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen treu bleiben, sondern auch, weil sie weiterhin ein gesellschaftspolitisch relevanter Akteur bleiben will, muss die Sozialdemokratie, wie der englische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm 1983 schrieb, ausgehend von ihrem harten Kern in der organisierten Arbeiterschaft, breitestmögliche Bevölkerungsschichten um sich sammeln³.

Die «Globalisierung», ihre «Gegner» und die Sozialdemokratie

Zunehmend wurde in den vergangenen Jahren versucht, den reaktionären Angriff auf die Errungenschaft der Arbeiterbewegung als einen fortschrittlichen, unausweichlichen, quasi naturgesetzlichen Prozess darzustellen. Im ideologischen Begriff «Globalisierung» werden ganz unterschiedliche gesellschaftliche Prozesse in den gleichen Topf geworfen: Gezielt werden objektive Entwicklungen wie die Anwendung neuer Technologien, die globalen Bedrohungen der Umweltzerstörung, der Überrüstung und der Unterentwicklung sowie die keineswegs neue Tendenz

¹ vergleiche die Abschnitte 1, 2, 4 und 5 des «Gurtenmanifestes».

² Zu erinnern ist dabei an den Erfolg der Referenden gegen das Arbeits- und das Arbeitslosenversicherungsgesetz, der lokalen und kantonalen Referenden gegen Privatisierungsvorlagen im Energiebereich, die breite Sympathie für gewerkschaftlich organisierte Kampagnen (z. B. Mindestlohnkampagne), Streiks und Demonstrationen in der Bevölkerung.

³ «(...) attempting to rally the widest range of forces around its essential core of the organized working class (...).» Eric J. Hobsbawm, *Labour's lost millions*, in: *Politics for a Rational Left. Political Writing 1977–1988*, London 1988, S. 74.

zur Internationalisierung der Konzerne und Märkte als zwingende Gründe für Sozialabbau, Privatisierung und Deregulierung dargestellt. «Globalisierung» wird also pauschal gleichgesetzt mit Modernität und Fortschritt. Tatsächlich haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren aber die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ländern mit unterschiedlich entwickelten Produktivkräften verschärft. Ganze Erdteile und Bevölkerungsgruppen wurden marginalisiert, der Raubbau an den natürlichen Ressourcen immer weiter vorangetrieben, Krieg und Gewalt immer mehr wieder zu alltäglichen Mitteln der Durchsetzung ökonomischer Interessen eingesetzt.

Deshalb, und nicht wegen der angeblich «undifferenzierte(n) Haltung» eines «Teil(s) der Linken», ist die «Globalisierung zum reinen Schimpfwort geworden», wie es etwas holprig im Abschnitt 9 des Gurtenmanifestes heisst⁴. Aus der – vorerst manchmal recht vagen – Einsicht, dass diese Missstände ihre gemeinsamen Ursachen haben in der Vorherrschaft der transnationalen Konzerne und der Finanzmärkte, entsteht eine ebenfalls «globalisierte» Protestbewegung. Trotz schweren repressiven Massnahmen der Staatsapparate, trotz des Wütens gewalttätiger Provokateure am Rand der Proteste, stösst diese Bewegung, für die sich der unpräzise Begriff «Globalisierungsgegner» eingebürgert hat, auf eine breite Sympathie. Wenn die Sozialdemokratie ausgerechnet in dieser Zeit der zunehmenden Kritik an Tendenzen, die sie ebenfalls seit Jahren bekämpft, plötzlich lauthals verkündet, sie erkenne «das Potenzial der Globalisierung», isoliert sie sich von einer nahestehenden Bewegung, deren Aktivisten

⁴ Es mutet fast schon ironisch an, ist wohl aber eher ungewollter Humor: innenpolitisch wird mehr Markt gepredigt, werden neoliberale Glaubenssätze «pragmatisch» aufgenommen und als Grundlage eines zukunftsgerichteten Politikverständnisses gepredigt und dann soll plötzlich, einem Phönix aus der Asche gleich, auf aussen(-wirtschafts-)politischem Gebiet die Frage der globalen Gerechtigkeit unter Verwendung von neomarxistischen Begriffen angegangen werden. Zentrum und Peripherie als analytische Kategorien!

durchaus als Nachwuchs für unsere nicht gerade mit einem Übermass an jungen Kadern gesegnete Partei gewonnen werden könnten.

Schonungslose Ideologiekritik statt Selbstbeschränkung auf einen «Wertesozialismus»!

«New Labour» und das «Gurtenmanifest» als schweizerische Variante fordern die alleinige Orientierung der SP an ideologischen «Grundwerten» statt an den realen Interessen der arbeitenden Menschen. Das Problem von solchen Grundwerten – etwa den Parolen der Französischen Revolution «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit» – ist, dass sie je nach der Interessenlage, die sie legitimieren sollen, mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden. Dies kann anhand des Marktbegriffs exemplarisch gezeigt werden. Für die JüngerInnen der neoliberal-neokonservativen Ideologie heisst soziale Gerechtigkeit so viel wie nichtdiskriminierender Zugang zum Markt ohne Eingriff des Staates, ohne Umverteilungsmechanismen innerhalb einer Gesellschaft. Der Markt wird als einziges gerechtes System zur Verteilung des Reichtums betrachtet. Würde der Staat eingreifen und damit den Markt «verzerren», hätte das eine Verminderung sozialer Gerechtigkeit zur Folge, denn diese gründet – nach der zum Beispiel vom neoliberalen Wirtschaftstheoretiker von Hayek vertretenen Logik – auf der wirtschaftlichen Freiheit und diese soll wiederum Grundlage jeder Gesellschaft sein.

Der Begriff der Gleichheit wird seinerseits als Chancengleichheit am Markt verstanden. Jeglicher Versuch «Partikularinteressen» durchzusetzen, wie dies insbesondere den Gewerkschaften unterstellt wird, wird als Abwertung der Gleichheit verstanden und ihre Urheber gebrandmarkt. Ein solches Verständnis sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit ist einer progressi-

ven Politik diametral entgegengesetzt. Entscheidend sind also nicht die «Grundwerte» einer Partei, sondern die politisch-ökonomischen Interessen, die sich hinter diesen «Grundwerten» verbergen. Die realen politischen Programme hinter den schön klingenden Phrasen aufzuzeigen, das ist die aufklärerische Aufgabe der Linken.

Der so genannte Wertesozialismus in seiner sozialliberalen Ausprägung macht dieses Unterfangen unmöglich. Oder wie es Arnold Künzli den Blairismus kritisierend formuliert hat: «Die Sozialdemokratie ist angetreten mit einer grundsätzlichen Kritik am Bestehenden. Die Postsozialdemokratie ist an die Macht gelangt dank ihrer Anpassung an das Bestehende. Kritik kommt vom griechischen «kritike», das beurteilen, unterscheiden meint. Ihre Urteilskraft benötigt als Kriterium des Urteilens Werte und Normen. Kritik unterscheidet so zwischen Sein und Sollen, aber wo diese ununterscheidbar werden, ist das Sollen verfault, damit die Kritik ihres normativen Kriteriums beraubt worden, und es triumphiert die normative Kraft des Faktischen⁵.» Deshalb betrachten gewisse SP-Mitglieder heute die Resultate der marktradikalen reaktionären Offensive als nicht mehr rückgängig zu machen. Doch die weltweit vorangetriebene Politik der Deregulierung, der Liberalisierung und der Privatisierung ist Ausdruck der Hegemonie einer antidemokratischen Ideologie, deren Wurzeln in einer radikalen Ablehnung der Errungenschaften der Aufklärung und der Französischen Revolution gründen. Hinter dem «Neoliberalismus» steht nicht das Freiheitsstreben der bürgerlich-liberalen Revolutionäre von 1830 und 1848, sondern die sozialdarwinistische Mentalität einer rücksichtslosen, von den Hemmungen des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit befreiten Generation der Bourgeoisie. Die Neoliberalen haben seit ihren

⁵ Arnold Künzli, Das Elend der Sozialdemokratie, in: WoZ 34 (2000).

blutigen Anfängen in der Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Militärdiktaturen der siebziger Jahre einen Triumphzug durch die Welt angetreten. Ausgehend von Grossbritannien (Thatcher) und den USA (Reagan), hat sich ihr Denken auf die ganze Welt ausgebreitet und nach dem Fall der Sowjetunion zusätzlich Auftrieb erhalten. Besonders in der so genannten «Dritten Welt» wird unter dem Diktat des «Konsens von Washington»⁶ jede reale Chance zum Ausbruch aus der Armut und Unterentwicklung zunichte gemacht. Die Auswirkungen zeigen sich heute in Argentinien, gestern in Indonesien und morgen anderswo in der Peripherie (aber auch in den Zentren).

Egal ob sie weiterhin mit dem Neoliberalismus oder – nach den Ereignissen des 11. Septembers – künftig vielleicht mit einem polizeistaatlichen Neomerkantilismus legitimiert wird: Immer weniger ist die kapitalistische Produktionsweise imstande, die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Wer seine Wirtschaftspolitik an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, der werktätigen Volksschichten ausrichten will, wer global für Entwicklung, Frieden und Umwelt sorgen will, der muss eine grundlegend andere Wirtschaftsordnung anstreben.

Für einen modernen, demokratischen Sozialismus

So sehr wir in den letzten Jahren die von der Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften der Nachkriegszeit schätzen gelernt haben: Die harte Realität der vergangenen Jahre hat uns – eindringlicher, als das die ganze Schulweisheit der Marxisten aller Zeiten und Länder je vermöchte – gelehrt, dass die Interessen der Arbeitenden und der Kapitalisten letztlich unver-

⁶ Die von den Bretton Woods-Institutionen verlangte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf die ausländischen Direktinvestitionen mittels einer auf dem erzwungenen Budgetausgleich (u. a. über Privatisierungen und unsozialen Sparmassnahmen) aufbauenden Geldwertstabilität.

einbar sind, dass es keine sichere Existenz für den arbeitenden Menschen gibt, solange die Herrschaft der Kapitalverwertung währt. Das heisst nicht, dass unser künftiger Weg nicht auch weiterhin über (Klassen-)Kompromisse führen kann und führen muss, dass wir nicht danach streben sollten, den unvermeidlichen Interessenskampf in zivilisierten und friedlichen Formen auszutragen. Die Sozialdemokratie muss sich aber weiterhin bewusst sein, dass sie ihre Ziele nur durchsetzen kann, wenn sie den Kapitalismus zurückdrängen und schliesslich überwinden und eine andere demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen kann. Der Weg dazu führt über eine Demokratisierung (nicht Abschaffung!) der internationalen Organisationen, eine Wiedererlangung der Volkssouveränität durch kontinentale demokratische und soziale Föderativrepubliken und ein besseres Ausschöpfen der nationalen Handlungsspielräume (z. B. im Kampf gegen Standortverdrängungen und Privatisierungen). Voraussetzung und Ziel einer solchen Strategie ist dabei eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen in Richtung der Lohnabhängigen. Diese muss ihren Ausdruck finden in einer allmählichen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, vorangetrieben von starken demokratischen und sozialen Bewegungen. An einem bestimmten Punkt wird eine so gestärkte Demokratie, werden die zunehmend bewusst gestalteten Produktivkräfte die Hülle der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengen und den Weg frei machen zum demokratischen Sozialismus.

Philipp Müller, Historiker und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz, und Adrian Zimmermann, Gewerkschaftsarchivar und Vizepräsident der SP Bern-Süd, sind Mitinitianten und Vorstandsmitglieder des Oltener Kreises linker SozialdemokratInnen.

Der Oltener Kreis

Der «Oltener Kreis linker SozialdemokratInnen» wurde anfangs 1999 von vorab jüngeren Genossinnen und Genossen aus Bern, Zürich und Lausanne ins Leben gerufen. Erstmals an die Öffentlichkeit trat das neue Studien- und Diskussionsforum der Parteilinken am 26. Juni 1999 mit der Tagung «Sozialdemokratisches Europa – jenseits von rechts und links?» in Olten, die sich mit dem «Blair-Schröder-Papier» und dem Kosovo-Krieg kritisch auseinandersetzte. Seither hat der Oltener Kreis sich als Verein konstituiert und weitere öffentliche thematische Tagungen zur Finanzierung der AHV, zum öffentlichen Dienst, zur Strommarktliberalisierung und zum «Gurtenmanifest» durchgeführt. Seit Ende 2000 ist der «Oltener Kreis» aktives Mitglied des Vereins «Soziale Republik Europa», dem europäischen Zusammenschluss der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteilinken. Die Richtungsdebatte in der SP Schweiz hat der Oltener Kreis mit seiner Unterstützung der Resolution «Den Service Public verteidigen, erneuern und stärken» von Pierre-Yves Maillard am Parteitag 2000 in Lugano und mit der Broschüre «Energie für eine andere Politik – Nein zum EMG!» an der Freiburger Delegiertenversammlung vom September 2001 entscheidend mitgeprägt. Diese DV beschloss bekanntlich mit Zweidrittelmehrheit eine ablehnende Haltung zum EMG.

Kontakt:

Oltener Kreis
linker SozialdemokratInnen
Postfach 7446
3001 Bern
info@socialism.ch
<http://www.socialism.ch>